

"Zollallianz der Monopole" in Neues Deutschland (22. Februar 1957)

Quelle: Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees des Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 22.02.1957, n° 46. Berlin. "Zollallianz der Monopole", p. 1.

Urheberrecht: (c) Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

URL:

http://www.cvce.eu/obj/zollallianz_der_monopole_in_neues_deutschland_22_februa_r_1957-de-914daf4c-c36f-488d-bc69-b123c53a19a6.html

Publication date: 05/11/2015



Zollallianz der Monopole

Die Regierungschefs und Außenminister der sechs Montanunion-Staaten haben am Mittwoch in Paris die Bildung der kleineuropäischen Zollunion beschlossen und sich über die Grundsätze der entsprechenden Verträge geeinigt. Sie sollen — nach dem Fahrplan der Zollunion-Manager — schon im März unterzeichnet werden. Es ist geplant, bis Jahresende die Ratifizierung der Verträge in den beteiligten Parlamenten durchzusetzen und sie am 1. Januar 1958 in Kraft zu setzen.

Die Pariser Verhandlungen, denen ein monatelanges Tauziehen der Interessenten vorausgegangen war, hatten zum Ziel, eine Reihe grundlegender Differenzen zu bereinigen und das Projekt — koste es was es wolle — zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Brennend hieran interessiert waren vor allem die westdeutschen Imperialisten und ihr Bundeskanzler Adenauer, die noch vor den Wahlen in der Bundesrepublik die Verträge durch die Parlamente wenigstens der wichtigsten beteiligten Länder ratifiziert sehen möchten.

Die Verhandlungen hatten sich vor allem mit folgenden Hauptfragen zu befassen, in denen es ernste Interessengegensätze zwischen den westdeutschen und den französischen Imperialisten gab und gibt:

1. Im Zusammenhang mit der Einbeziehung der kolonialen und sonstigen überseeischen Besitzungen in den Gemeinsamen Markt forderten die französischen Imperialisten einen probeweisen, zunächst nur auf fünf Jahre befristeten Anschluß der französischen Herrschaftsgebiete einschließlich solcher Länder wie Algerien, Marokko und Tunesien. Die Partner der Zollunion sollten als Kaufpreis für die Öffnung der kolonialen Märkte einen Milliardenbetrag zur Verfügung stellen, durch den die Ausbeutung dieser Gebiete gesichert und intensiviert werden soll. Die westdeutschen Imperialisten wollten die französischen Forderungen ursprünglich nicht bewilligen. Ihr Ziel ist, mit möglichst geringem finanziellen Einsatz ihre französischen und belgischen Partner schon jetzt endgültig von ihren kolonialen Besitzungen zu „befreien“ und deren Reichtümer in die eigene Tasche zu manövrieren.

Die Vertreter der Interessen der westdeutschen Monopole haben angesichts ihrer weitgespannten wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaftspläne in Paris Zugeständnisse gemacht, um ihren Partnern erst einmal die Fesseln der Zollunion anzulegen.

In den Verhandlungen wurde der Standpunkt der französischen Regierung im wesentlichen angenommen. Die französischen Überseeischen Gebiete werden demnach für fünf Jahre probeweise der Zollunion angegliedert und die Zollunion-Partner stellen im Verlaufe dieser fünf Jahre einen Gesamtbetrag von rund 580 Millionen Dollar zur Verfügung, an denen die Bundesrepublik mit 200 Millionen Dollar beteiligt ist. Die französische Regierung ihrerseits hat sich in Paris verpflichtet, den Partnerländern das uneingeschränkte Niederlassungsrecht in den französischen Besitzungen zu gewähren, wodurch der wirtschaftlichen „Durchdringung“ Tür und Tor geöffnet wäre.

2. Auch in der Frage der Gründung einer „Atomgemeinschaft“ der Montanunion-Länder (Euratom) prallen die gegensätzlichen Interessen der französischen und westdeutschen Monopole aufeinander. Während man sich bereits in der Vergangenheit über viele Einzelfragen verständigte, gelang dies nicht in der grundlegenden Frage, wer Eigentümer der Atommaterialien sein sollte, wer also über sie verfügen könne. Die französischen Monopole forderten mit Berufung darauf, daß sie in „Euratom“ die Hauptressourcen an Atomrohstoffen und außerdem die größte Zahl ausgebildeter und erfahrener Atomphysiker einbringen würden, daß allein „Euratom“ Eigentümer der spaltbaren Materialien sein dürfe. Die westdeutschen Monopole ihrerseits beharrten, gestützt auf ihr industrielles und finanzielles Übergewicht, darauf, daß die Atommaterialien Privateigentum der Rüstungsmonopole sein müssen. Die westdeutschen Monopole wollen — das wird von ihren französischen Partnern durchaus erkannt — die französischen Potenzen auf diesem Gebiete ausnutzen, um den Rückstand auf dem Atomgebiet aufzuholen, auch hier schnell die Vorherrschaft zu erlangen und eine von den anderen Partnern unkontrollierbare Atomwaffenproduktion für die aggressiven Absichten der westdeutschen Imperialisten und Militaristen aufzubauen.

In Paris wurde in dieser Frage ein gefährlicher Kompromiß geschlossen. Einerseits wurde festgelegt, daß die

spaltbaren Materialien sich im Eigentum des „Euratom“ befinden müßten, d.h., daß also die Rüstungsmonopole der beteiligten Länder zusammen Eigentümer sind. Auf der anderen Seite aber wurde festgelegt, daß die für die Kriegsrüstung bestimmten Atommaterialien „Euratom“ nicht unterstehen.

Nach bisherigen vertraglichen Festlegungen (Pariser Verträge) ist der Bundesrepublik eine eigene Atomwaffenproduktion nicht gestattet. Die westdeutschen Monopole kündigen aber bereits an, daß sie in allernächster Zeit eine Revision dieser Bestimmung durchsetzen würden. Offenbar ist diese Revision in dem jetzt in Paris abgeschlossenen Geschäft der großen Monopole mit enthalten.

Im Zentrum der Pariser Abmachungen steht die Frage der Kolonialpartnerschaft der Bundesrepublik. Die westdeutschen Imperialisten haben sich jetzt offiziell in die Kolonialpolitik eingeschaltet. Sie wollen sich an der Ausbeutung und Unterdrückung der kolonialen und abhängigen Völker beteiligen. Das ist eine offene Kriegserklärung an die Adresse der Völker Afrikas und Asiens. Die finanziellen Mittel, die die Bundesrepublik den französischen Imperialisten für deren Kolonialherrschaft zur Verfügung stellt, werden direkt oder indirekt gegen den Freiheitskampf des algerischen Volkes und aller anderen unterdrückten Völker eingesetzt. Der ägyptische Staatschef Nasser, der schon vor einiger Zeit von einem „westeuropäischen kollektiven Kolonialismus“ sprach, hat damit auch die jetzige Situation durchaus treffend charakterisiert. An die Stelle einzelner Kolonialmächte, denen die Befreiungsbewegung der Völker über den Kopf wächst, tritt eine ganze Gruppe westeuropäischer Staaten, die die kolonialen Positionen sichern soll. Infolge der starken Kapitalbeteiligung der USA an westdeutschen und anderen westeuropäischen Industrien „führt das Finanzkapital einen Teil seiner Expansionspläne in Europa, im Mittleren Osten und Afrika mit den Händen des deutschen Finanzkapitals durch“ (W. Ulbricht auf der 30. ZK-Tagung).

Das Auftreten Westdeutschlands als imperialistische Kolonialmacht schädigt die Interessen der deutschen Nation und das Ansehen des deutschen Volkes bei allen unterdrückten Völkern. Die Bonner Beteiligung an der Kolonialpolitik trägt einen zutiefst antinationalen Charakter. Die Ehre der deutschen Nation wahrt die DDR.

*

Die Bildung einer kleineuropäischen Zollunion mit kolonialistischen Ambitionen spaltet die europäischen Länder, verhärtet die aggressive Blockbildung und führt insbesondere auch zu einer Verschärfung der Spaltung Deutschlands. Gegen die Wiedervereinigung unseres Landes werden durch die Bonner Politik wiederum neue große Hindernisse aufgetürmt. Hinzu kommt, daß die Zollunion mit der Errichtung einer Zollgrenze zwischen Bundesrepublik und Deutscher Demokratischer Republik verbunden wäre. Die Errichtung dieser Zollgrenze müßte dem innerdeutschen Handel, diesem gegenwärtig wichtigsten Verbindungsglied zwischen den beiden deutschen Staaten, einen schweren Schlag versetzen.

*

Die in Paris zustande gekommene „Einigung“ ist jedoch in keiner Weise geeignet, etwa den Konkurrenzkampf und die Interessengegensätze zwischen den beteiligten kapitalistischen Ländern und Monopolen zum Verschwinden zu bringen. Im Gegenteil ist mit einer Verschärfung des Kampfes um die Führung zu rechnen, der mit Inkrafttreten der Zollunion mit unerhörter Schärfe entbrennen würde.

Bemerkenswerterweise ist noch während der Pariser Verhandlungen von britischer Seite an die Teilnehmer die Warnung ergangen, daß der Versuch einer Einbeziehung der Kolonialgebiete in den gemeinsamen Markt eine Beteiligung Großbritanniens erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Hier zeichnen sich neue Differenzen zwischen den Monopolen der Zollunionländer und den britischen Monopolen ab. Man kann also keinesfalls davon reden, daß die Zollunion zu einer irgendwie gearteten Verminderung der Spannungen im imperialistischen Lager führen könnte.

Eine ernste Gefahr ist die Zollunion für die Werktätigen in allen beteiligten Ländern. Die Bildung des Gemeinsamen Marktes soll der herrschenden Klasse die Möglichkeit geben, dem Kampf um bessere Löhne und Lebensbedingungen entgegenzuwirken. Die Millionen Arbeitslosen in Italien und anderen Ländern

sollen von den Monopolen nach Belieben als Mittel zur Verschärfung der Ausbeutung im ganzen Bereich der Zollunion eingesetzt werden. Auch die Mittelschichten und insbesondere die Bauern haben nichts Gutes zu erwarten. Die schwächeren Industriezweige sind von den Monopolen in ihrer Existenz bedroht. In dem Kampf der großen westeuropäischen Monopole bis aufs Messer würden zahlreiche Mittelschichten in verschiedenen Ländern unter die Räder kommen.

*

Zollunion und Euratom sind heute noch nicht Wirklichkeit. Die betroffenen Völker haben also durchaus noch die Möglichkeit, dieses Komplott ebenso zu Fall zu bringen wie seinerzeit die EVG. Dabei dürfen wir freilich die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß dieser Kampf in Westdeutschland durch die Haltung der Führung der SPD und des DGB erschwert wird, die hier faktisch die Politik der westdeutschen Imperialisten unterstützen.

Im Kampf gegen die Ratifizierung der schändlichen, den Interessen der Völker feindlichen Pläne, werden sich die Werktätigen aller Länder vor allem die westdeutschen und die französischen Arbeiter zusammenfinden. In diesem Volkskampf gegen die Monopole werden sie zweifellos nicht nur von den Bauern, sondern auch von zahlreichen Patrioten aus allen Schichten tatkräftig unterstützt werden.